

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., durch unsern Buchhändler zu beziehen in der Stadt monatlich 4.80 Mk., auf dem Lande 5.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. und halbjährlich 26.00 Mk. für Postkonten und Postsendungen (unter Auschluss der Gebühren und Frachten) in der Regel zu liefern. In Falle höherer Preise, welche durch außerordentliche Verhältnisse bedingt sind, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interaktion mit 1 Mk. für die 6galtigen Korrespondenz- oder deren Raum, Lebenszeit 90 Pfg., Restsumme 2.50 Mk. Bei Abrechnung und Zahlungstrag entsprechende Preismäßigkeiten. Bestellungen im amtlichen Teil nur von Personen, die die Befugnisse des Reichs- oder Landes-Postamts besitzen. Nachbestellungen sind nur an den Postamt der Besteller zu richten. Die Besteller sind verpflichtet, die Befugnisse der Postverwaltung zu übernehmen. Jeder Nachbestellung ist ein Brief mit dem Namen des Bestellers beizufügen. In Falle höherer Preise, welche durch außerordentliche Verhältnisse bedingt sind, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inverantwort: Arthur Fichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 51.

Mittwoch den 2. März 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 7. März 1921 vormittags 8 Uhr

wird im Verhandlungsloale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt vom 3. März 1921 ab im Anmeldezimmer der Amtshauptmannschaft aus.

Meissen, am 28. Februar 1921.

2025

Der Amtshauptmann.

Donnerstag den 3. März vormittags von 9—12 Uhr gegen Vorzeigung der Bens Ausgabe von Hafermehl an Minderbemittelte.

Wilsdruff, am 1. März 1921.

2027

Der Stadtrat.

Kesselsdorf.

In den nächsten Tagen trifft ein Waggon Briketts ein. Bestellungen sind sofort bei der Fa. P. Seitzmann zu bewirken.

Kesselsdorf, am 1. März 1921

2028

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Am Mittwoch sangen in London die Beratungen mit den deutschen Delegierten an.

* Nach dem Friedensvertrag muß Deutschland auch 300 Millionen an Entente abliefern.

* Der frühere deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr v. Lucius, ist in das auswärtige Amt berufen worden.

* Der Zentrumsabgeordnete Dr. Vorkel erklärt, daß er keinen preussischen Ministerposten annehmen werde.

* Der Prozeß gegen den Hauptmann v. Kessel beginnt am 15. März vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts in Berlin.

* In Tirol wird am 24. April über den Anschluß an Deutschland abgestimmt.

* In Cork wurden sechs Zivilisten wegen Teilnahme an Angriffen gegen die Truppen hingerichtet.

Antreten zum Turnier!

In London ist alles zum Empfang der deutschen „Gäste“ bereit, und 24 Stunden darf Dr. Simons und seine Begleitung von seiner weiten Reise verschlafen, ehe er zum Turnier mit den ersten Preisringern von England und Frankreich antreten muß. Eherliches Spiel — fair play, wie die Engländer es nennen — wird hier nicht getrieben, denn Engländer und Franzosen sitzen schon seit einer Woche beisammen, um den Waffengang, vor dem sie stehen, bis in alle Einzelheiten hinein miteinander zu beraten; selbst die Generale Fox und Blyth sind schon seit Tagen in London zur Stelle, um beizeiten das Schwert schärfen zu lassen, mit dem der Deutsche erschlagen werden soll, wenn er nicht tut, was ihm befohlen wird. So wird der deutsche Bevollmächtigte sich mit eiserner Ruhe wappnen müssen, wenn er das Spiel nicht von vornherein verloren geben soll.

Werden Engländer und Franzosen die gemeinsame Marschroute finden, von der, wie sie glauben, für die Entente alles Heil der Zukunft abhängt? Von Lloyd George, für den wieder einmal eine große Stunde gekommen ist, kann man nur sagen: weiß man denn, woran er glaubt? In Paris hätte er den Franzosen an einem Tage eine große Szene gemacht wegen der unwichtigen Verbindung, mit der sie Deutschland zugleich auspressen und arbeitsunfähig machen wollten, um schon am nächsten Tage sich freudig zu den berühmten Beschlüssen zu bekennen, von denen er sicher sein konnte, daß sie in Deutschland einen Schrei des Entsetzens auslösen würden. Seitdem hat er in der Heimat manches Wort gesprochen, daß sich mit diesen Pariser Abmachungen nicht recht zu vertragen schien, und je näher der Tag der Londoner Konferenz heranrückte, desto geistvoller richtete sich gegen die militärischen die wirtschaftlichen „Sanktionen“ in den Vordergrund schieben, die ihm vielleicht mit Rücksicht auf das Urteil der Welt etwas weniger anstößig zu sein schienen. Wir Deutschen müssen darüber freilich ganz anders denken, denn was die Franzosen auch ganz abseits von militärischen Strafmaßnahmen, lediglich im Bereiche von zivilen Verwaltungsmaßnahmen, wie sie ihnen z. B. im Saargebiet oder in Oberschlesien eingeräumt sind, an Vergewaltigungen leisten können, dafür liefert uns jeder Tag, den Gott werden läßt, die himmelschreiendsten Beweise. Doch soweit sind wir ja noch nicht. Borelli weiß man in London noch gar nicht, wie die deutschen Gegenentwürfe aussehen werden. Und doch läßt der britische Premierminister der Welt bereits verstanden, daß er am Mittwoch auf die zu erwartenden Ausführungen des deutschen Vertreters antworten werde, um danach die ganze Frage der Wiedergutmachung gemischten Sachverständigenausschüssen zu überweisen, die ihre Aufgabe bis zum Freitag beendet haben müßten. Es soll sich also das Verfahren von Spa taufänglich in London wiederholen. Man will allenfalls Herrn Dr. Simons einmal zum Worte verhalten — abzuwarten, wie hinzugefügt wird, ohne ein Zurückkommen auf die Frage der Schuld am Kriege zuzulassen, — danach soll alles weitere im Dunkel von Ausschussberatungen erledigt werden, wo man ja auf die Vertreter von nicht alliierten und nicht assoziierten Ländern keine Rücksicht zu nehmen braucht. Um so niederschmetternder läßt sich dann das Referat gestalten, mit dem man nachher wieder zur Vollversammlung zurückkehrt, und das neue Strafgericht, das den Deutschen zugedacht ist, läßt sich um so bequemer mit moralisierenden Begründungen versehen. So ungefähr scheinen die Herren in London sich die Sache zu den-

ken. Allenfalls bereiten sie sich auf das „Zugehändnis“ vor, statt der zweihundertzig Jahreszahlungen, die sie in Paris festgelegt haben, „nur“ dreißig Zahlungen schuldigen, natürlich ohne Herabminderung der Gesamtsumme, so daß die von der Entente vorgesehene Jahresbeiträge sich gar noch um 1 Milliarde 300 Millionen Goldmark erhöhen würden. Um sich eine Art Rechtsboden für solche Forderungen zu schaffen, läßt man allerhand lächerliche Schilderungen über den unbändigen Wohlstand verbreiten, der sich in Deutschland mehr und mehr bemerkbar mache, und ist so dabei, eine Atmosphäre zu schaffen, die jede erträgliche Verständigung von vornherein ausschließen muß.

In diesen ganzen Nebelwäusen von Argwohn und Mißtrauen, von Böswilligkeit und Unfug soll nun Herr Dr. Simons mit der ganzen Richterkeit seines Wesens hineinflößen. Bei jedem Wort, das er zu sprechen hat, wird ihm die ganze unermeßliche Feindseligkeit einer von Wahnsinnvorstellungen besessenen Welt entgegenströmen. Er wird, solange es geht, versuchen, sich mit allen Mitteln der Diplomatie, mit allen guten Gründen, die er nur aufzutreiben vermag, zu wehren, aber niemand kann dafür stehen, daß er nicht sehr bald genötigt sein wird, zu dem letzten Hilfsmittel zu greifen, das uns den vorgefahrenen Meinungen gegenüber, mit denen wir es zu tun haben, geblieben ist: Deutsch zu reden! Deutsch zu reden mit dem Junker Flohd George, dem es auf eine Handvoll Millionen von frischen Gräbern in Deutschland nicht ankommt, deutsch zu reden mit Briand, der nur an die Milliarden-Schnelldrift seiner Kapitalisten und Rentner denkt, und lieber den Kriegszustand in Europa verewigen möchte, als auch nur den Schein eines Entgegenkommens an die Besiegten auf sich zu laden.

Tausendfach ist unserer Vertretung für London der Ruf mit auf die Reise gegeben worden: Bleibt fest, bleibt fest. Es steht nun bei Herrn Dr. Simons, diesen Ruf stets im Ohre zu behalten und gerade dann am getreulichsten, wenn der Kampf um ihn her am wildesten tobt.

Abstimmungsmodalitäten für Oberschlesien.

Passierscheine und Stimmzettel. Die Interalliierte Kommission hat die Bestimmungen über die am 20. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien herausgegeben. Darin heißt es unter anderem:

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Pass und muß vom paritätischen Ausschuss des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorien A und C erhalten den Passierschein vom paritätischen Ausschuss ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorien B erhalten einen ähnlichen Passierschein und diejenigen der Kategorie D erhalten denselben Passierschein, den aber der paritätische Ausschuss des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Für die Passierscheine ist kein Nimm eines französischen Konsulates erforderlich. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzer Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk: „Polen-Polen“. Die zweite Kategorie den Vermerk: „Deutschland-Russland“. Zettel, Umschläge und Urne werden von der Regierungskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh acht bis acht Uhr abends. Einzelbestimmungen.

Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorschriftsmäßige Papier haben, 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses bezwecken, 3. Stimmzettel mit Zusätzen oder Streichungen, 4. Stimmzettel ohne Aufdruck, 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden wurden, 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorie, so sind sie alle ungültig. Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbureau erzielt werden kann, gelten förmliche Zettel als angezogen, wodurch ihre Berechnung ausgeschlossen ist; die Entscheidung liegt bei dem Interalliierten Bureau. Dieses prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die fristigen Fälle und die angezogenen Stimmzettel und stellt die endgültigen Ergebnisse der Ab-

stimmung fest. Der Gesamtbericht des Interalliierten Bureaus mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Regierungskommission, die in letzter Instanz über die Gültigkeit entscheidet und das Ergebnis bestätigt. Wo es angezogen wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Deutschlands Mitarbeiterwünsche.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs hat sich ohne Zweifel während der letzten Monate ein Umwälzungsvorgang in bezug auf die Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Departements Nordfrankreichs. Der Grund ist offenbar darin zu suchen, daß sich die französische Verwaltung unfähig erwies, diese Riesenarbeit durchzuführen, so daß die Bevölkerung selbst die unmittelbare Mitarbeit Deutschlands dem bisherigen System der zweifachen ausgetheilten Unterstützung vorzieht. Die französische Regierung hat unter dem Einfluß der französischen Großindustrie lange den Gedanken einer Mitarbeit der deutschen Industrie beim Wiederaufbau abgelehnt unter dem Vorwand, daß die Bevölkerung des Nordens sich gegen die

Heranziehung deutscher Ingenieure und Arbeiter

auslehnen würde. Während der letzten Monate ist nun gerade von den Arbeitern der Industriebezirke des Nordens gegen diese Behauptung Widerspruch erhoben worden, und der allgemeine Gewerkschaftsverband hat eine Abordnung in das Kriegsgebiet geschickt, die ein vollständiges Programm für den Wiederaufbau auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet hat. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ tritt seit mehreren Wochen für dieses Programm ein, und dagegen erhebt die nationalistische Presse keinen Widerspruch. Andererseits hat der radikale Deputierte Henneff, der zu den Vertretern Frankreichs auf der Genfer Völkerversammlung gehörte, der Regierung und der Reparationskommission einen ähnlichen auf die deutsche Mitarbeit begründeten Plan unterbreitet, der von der linksrepublikanischen „Revue“ eifrig unterstützt wird. Die Regierung Briand hat, wie „Le Peuple“ feststellt, Gelegenheit gehabt, diese Vorschläge zu prüfen. Es wird sich aber erst in London selbst herausstellen, ob sie jenen ebenso ablehnend gegenübersteht wie die früheren Regierungen oder nicht. „Le Peuple“ stellt fest, daß das ganze Ergebnis der Konferenz in London von der Annahme oder Ablehnung der deutschen Mitarbeit bei dem Wiederaufbau in Nordfrankreich abhängt. Über die Stellungnahme des Wiederaufbauministers Loucheur in der Frage der deutschen Mitarbeit läßt sich vorläufig kein bestimmtes Urteil fällen.

Seltene Sachverständige.

Nach den neuesten Meldungen aus Brüssel hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen zweiten, vom 20. Februar datierten Bericht unterbreitet. Darin heißt es, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgend einem anderen Lande Europas (?). Es werde schwer sein, zu beweisen, daß der in Paris festgelegte Reparationsbeitrag Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteige.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Vertreter der Mehrheitssozialisten vom Oberhain und dem besetzten und unbefestigten Niederrhein haben in einer Konferenz in Düsseldorf zur Regierungsbildung in Preußen Stellung genommen. Nach einem Referat des Abgeordneten Limperg aus Essen wurde einstimmig beschlossen, eine Erweiterung der Koalition nach rechts abzulehnen. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum, sei vollständig in der Lage, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Deutsches Kriegsmaterial in Holland.

Der holländische Kriegsminister teilt mit, daß sich von dem in Holland festgehaltenen Kriegsmaterial fremder Mächte nur noch deutsches Material befindet, und zwar 46 000 Gewehre, 12 000 Karabiner, 2400 Revolver, 60 000